

Medienmitteilung:

Die FDP des Kantons Zug lehnt ein zusätzliches Prüfungselement beim Übertritt ans Langzeitgymnasium ab und möchte den dualen Bildungsweg stärken

7. Oktober 2024

FDP. Die Liberalen Kanton Zug sprechen sich gegen die Einführung eines zusätzlichen Prüfungselements zum Übertritt ans Langzeitgymnasium aus. Das bisherige System aus Vornoten und Beurteilung durch Lehrpersonen erbringt seit Jahren gute Ergebnisse. Die Erfolgsrate der Schülerinnen und Schüler in den ersten zwei Jahren am Langzeitgymnasium bestätigt im Wesentlichen, dass die richtigen Jugendlichen ans Langzeitgymnasium geschickt werden. Das bestehende System geniesst hohe Akzeptanz bei Eltern und Schülern. Wir haben unsere ablehnende Haltung zur Einführung eines zusätzlichen Prüfungselements zum Übertritt ans Langzeitgymnasium in unserer offiziellen Vernehmlassungsantwort zum Ausdruck gebracht.

Der Zank um das zusätzliche Prüfungselement ist ein ganz kleiner Teil einer grösseren Aufgabe, welcher sich unsere Bildungspolitik stellen muss. Hierzu gibt uns das Bildungspapier der FDP Schweiz ([Link](#)) eine klare Richtung vor, wohin die Reise gehen muss.

Eltern und Jugendliche erkennen den hohen Wert von guter Bildung. Dadurch ergibt sich ein natürlicher Druck, bei der erstbesten Gelegenheit den Weg Richtung gymnasiale Matura einzuschlagen – also ab ins Langzeitgymnasium. Die Spannungen ergeben sich am Ende des gymnasialen Bildungsweges, welcher auf eine akademische Laufbahn ausgelegt ist. Wir sind in den letzten Jahren im Kanton Zug bei einer gymnasialen Maturaquote zwischen 22 und 26% angelangt. Aber es zeigt sich, dass dies ein zu hoher Anteil für eine weitere akademische Karriere ist. Wir erachten es daher als dringend notwendig, hervorragende Bildung mit einem rechtzeitigen Einstieg ins Berufsleben zu verbinden. Das muss bei der Berufslehre ansetzen und setzt sich fort bei einer Stärkung der Berufsmatura

Unsere FDP-Kantonsräte haben in den letzten paar Jahren mehrere Vorstösse unternommen, um den dualen Bildungsweg zu modernisieren. Die Bildungsdirektion hat bisher leider wenig Bereitschaft gezeigt, auf diese Vorschläge der FDP einzugehen.

Wir fordern daher den Regierungsrat dringend auf, die Bedürfnisse unserer bildungswilligen Mitmenschen und der Wirtschaft zu erkennen, entsprechende Bildungsangebote zu entwickeln und für Eltern und Jugendliche verständlich zu präsentieren. Veränderungen in der Bildungspolitik sollten datenbasiert erfolgen. Weiter ist es höchste Zeit, dass das Kurzzeitgymnasium auch in der Stadt Zug angeboten wird. Das wird dazu beitragen, dass Jugendliche sich womöglich öfters überlegen, den Weg über die Sekundarschule zu wählen. Für eine isolierte Massnahme eines zusätzlichen Prüfungselements zum Übertritt ans Langzeitgymnasium sind wir nicht zu haben.

Mehr Informationen:

Michael Brunner, Verantwortlicher Kommunikation FDP Zug, +41 79 507 86 05